

Ressort: Politik

Union unterstellt Scholz Bruch des Koalitionsvertrags

Berlin, 16.06.2018, 08:05 Uhr

GDN - Der Plan von Finanzminister Olaf Scholz (SPD), die Ausgaben für Verteidigung bis 2025 lediglich auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, stößt beim Koalitionspartner auf Widerstand. "Die derzeitigen Pläne von Minister Scholz ignorieren den dringend notwendigen Bedarf der Bundeswehr", heißt es in einem Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wie der "Spiegel" in seiner aktuellen Ausgabe unter Berufung auf das Papier berichtet, würde demnach der Wehretat in den Jahren 2021 sogar wieder sinken. "Das wird die Union nicht zulassen", sagte Unionsfraktionsvize Johann Wadepful dem Magazin. "Eine solche mittelfristige Finanzplanung widerspricht eindeutig dem Koalitionsvertrag." Damit gefährde Scholz die internationale Handlungsfähigkeit Deutschlands. Zugleich fordern Abgeordnete von Union und SPD, den sogenannten Parlamentsvorbehalt bei Einsätzen der Bundeswehr zu lockern. Damit wollen sie die Zusammenarbeit von Streitkräften der EU-Länder verbessern, wie es Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vorgeschlagen hat. "Wenn Deutschland international verlässlich sein will, müssen unsere Partner uns abnehmen, dass wir im Fall des Falls auch schnell handlungsfähig sind", sagte der SPD-Verteidigungspolitiker Fritz Felgentreu dem "Spiegel". "Ich kann die Skepsis der Franzosen gegenüber dem deutschen Parlamentsvorbehalt verstehen, insbesondere wenn wir die notwendige gemeinsame strategische Kultur entwickeln wollen", erklärt der CDU-Außenexperte Roderich Kiesewetter. "Wir brauchen in Deutschland einen an die internationalen Verpflichtungen Europas angepassten Parlamentsvorbehalt." Eine Kommission unter Vorsitz des ehemaligen Verteidigungsministers Volker Rühle hatte 2015 eine vorsichtige Reform des Parlamentsvorbehalts vorgeschlagen, die aber nie umgesetzt wurde. "Wir haben damals eine große Chance vertan, unseren Partnern Verlässlichkeit zu zeigen und die Kontrolle von Einsätzen durch das Parlament zu erhalten", sagte Rühle dem "Spiegel".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-107682/union-unterstellt-scholz-bruch-des-koalitionsvertrags.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com